

Verwendungsbestätigung für Offene Ganztagsschule in kommunaler und freier Trägerschaft an Grundschulen und Förderzentren der Jahrgangsstufen 1 bis 4

- ☐ **Grundschule**
☐ **Förderzentrum**

Offene Ganztagsangebote in kommunaler und freier Trägerschaft

im Schuljahr

Bescheid der Regierung

vom (*Datum*)

Geschäftszeichen

Name der Schule

Ort der Schule

Schulnummer

Zuwendungsempfänger (*Schulträger*)

Name/Bezeichnung

Straße, Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Kontaktperson

Name

Vorname

Telefon

E-Mail

1 Sachbericht – Angaben des Zuwendungsempfängers zur Zahl der Gruppen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Regelungen in der entsprechenden Kultusministeriellen Bekanntmachung zu offenen Ganztagsangeboten an Schulen in der jeweils geltenden Fassung

1.1 Kurzgruppe

Förderrelevante Daten

Anzahl genehmigte Kurzgruppen

Anzahl

Anzahl tatsächliche Gruppen ab
(falls von genehmigter Gruppenzahl abweichend)

Datum	Anzahl
-------	--------

Anzahl Zählschüler bei Antragstellung und Genehmigung

Anzahl

Anzahl tatsächlich teilnehmende Zählschüler ab
(falls von genehmigter Gruppenzahl abweichend)

Datum	Anzahl
-------	--------

1.2 OGTS mit erhöhtem Fördersatz

Förderrelevante Daten

Anzahl genehmigter Gruppen in der Angebotsform OGTS **mit** erhöhtem Fördersatz (**mit** Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 1/2)

Anzahl

Anzahl tatsächliche Gruppen ab
(falls von genehmigter Gruppenzahl abweichend)

Datum	Anzahl
-------	--------

Anzahl Zählschüler bei Antragstellung und Genehmigung

Anzahl

Anzahl tatsächlich teilnehmende Zählschüler ab
(falls von genehmigter Gruppenzahl abweichend)

Datum	Anzahl
-------	--------

1.3 OGTS ohne erhöhten Fördersatz

Förderrelevante Daten

Anzahl genehmigter Gruppen in der Angebotsform OGTS **ohne** erhöhten Fördersatz (**ohne** Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 1/2)

Anzahl

Anzahl tatsächliche Gruppen ab
(falls von genehmigter Gruppenzahl abweichend)

Datum	Anzahl
-------	--------

Anzahl Zählschüler bei Antragstellung und Genehmigung

Anzahl

Anzahl tatsächlich teilnehmende Zählschüler ab
(falls von genehmigter Gruppenzahl abweichend)

Datum	Anzahl
-------	--------

2 Zahlenmäßiger Nachweis der Einnahmen und Ausgaben

Ausfüllhinweise

- Bei den Ausgaben sind gewährte Rabatte, Skonti, Rückforderungen und Rückzahlungen abzuziehen.
- Der in Nr. 2.1 anzugebende Betrag entspricht der Summe aller im Zusammenhang mit dem Vorhaben erzielten Einnahmen einschließlich Spenden, Finanzierungsbeteiligungen Dritter und weiterer öffentlicher Zuwendungen.
- Eine Verminderung der Zuwendung (Nr. 2.1) ergibt sich bei Festbetragsfinanzierung, wenn
 - die Summe aus bewilligtem Förderbetrag (Nr. 2.1.1) höher ist als die zuwendungsfähigen Ausgaben laut Abrechnung (Nr. 2.2)
oder
 - wenn ein Festbetrag je einer bestimmten Einheit gewährt wird und weniger Einheiten vorgehalten oder durchgeführt wurden als im Zuwendungsbescheid zugrunde gelegt.

2.1 Einnahmen		Betrag in Euro
2.1.1	Zuwendung des Freistaats Bayern insgesamt	Euro
2.1.2	Eigenanteil (<i>Mitfinanzierung</i>) insgesamt gemäß Ziffer 3.2.2.2 bzw. 3.3.2.2 der KMBek	Euro
2.1.3	Gegebenenfalls Teilnehmerbeiträge von Erziehungsberechtigten gemäß Ziffer 3.1.4 KMBek	Euro
2.1.4	Sonstige	Euro
Summe der Einnahmen		Euro
2.2 Ausgaben (nur für Personalaufwand gemäß Ziffer 3.2.2.3 bzw. 3.3.2.3 KMBek)		
Personalausgaben für		
2.2.1 Pädagogische Fachkräfte		
	Lehrkräfte	Euro
	Erzieher, Sozialpädagogen usw.	Euro
2.2.2 Sonstige (<i>pädagogische</i>) Kräfte, nämlich		
	Sonstige Kräfte	Euro
	Sonstige Kräfte	Euro
Summe der Ausgaben		Euro
2.3	Abgleich der Einnahmen und Ausgaben (<i>Fehlbetrag/Überschuss</i>)	Euro

3 Erklärung des Zuwendungsempfängers

In Kenntnis der rechtlichen Bedeutung unvollständiger oder falscher Angaben wird versichert, dass

- das Vorhaben wie bewilligt durchgeführt wurde,
- die im Zuwendungsbescheid genannten Bedingungen und Auflagen eingehalten wurden,
- die Zuwendungsvoraussetzungen während des gesamten Schuljahres vorlagen,
- die in dieser Verwendungsbestätigung gemachten Angaben vollständig sind und mit den Büchern und Belegen übereinstimmen,
- die geltend gemachten Ausgaben notwendig waren,
- wirtschaftlich und sparsam verfahren wurde,
- die Zuwendung ausschließlich für den Personalaufwand der Bildungs- und Betreuungsangebote der offenen Ganztagschule verwendet wurde,
- die Bildungs- und Betreuungsangebote von einer pädagogischen Fachkraft geleitet wurden.

Alle mit der Zuwendung zusammenhängenden Belege, Verträge und sonstigen Unterlagen können während der festgelegten Aufbewahrungsfrist jederzeit zum Zwecke der Verwendungsprüfung oder Prüfung durch Bayerischen Obersten Rechnungshof eingesehen oder zur Vorlage bei der prüfenden Stelle angefordert werden.

Hinweis

Die nachfolgenden Datenschutzinformationen müssen nicht mit vorgelegt werden!

Ort, Datum

Unterschrift

Prüfungsvermerk der Regierung

- ☐ Die Überprüfung der Verwendungsbestätigung ergab, dass die staatlichen Mittel richtig verwendet und die mit der Zuwendung beabsichtigten Zwecke erreicht wurden. Beanstandungen in sachlicher und rechnerischer Hinsicht haben sich nicht ergeben.

- ☐ Beanstandungen

Beanstandungen

Ort, Datum

Unterschrift

**gemäß Art. 13, 14 DSGVO im Zusammenhang mit der Verwendungsbestätigung
für Offene Ganztagschule in kommunaler und freier Trägerschaft
an Grundschulen und Förderzentren der Jahrgangsstufen 1 bis 4**

Seite 1 von 3

	Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weitere Einschränkungen, Modifikationen und gegebenenfalls Ausschlüsse der vorgenannten Rechte können sich aus der Datenschutz-Grundverordnung oder nationalen Rechtsvorschriften ergeben.
4. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde	Ihnen steht weiterhin ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu. Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen: Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München Hausanschrift: Wagnmüllerstraße 18, 80538 München Telefon: +49 89 212672-0 Telefax: +49 89 212672-50 Kontaktformular: https://www.datenschutz-bayern.de/service/complaint.html
5. Zwecke der Datenverarbeitung	Die Daten sind für die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung der bewilligten Mittel erforderlich. Ohne Nennung von personenbezogenen Daten können die Ausgaben nicht zugeordnet werden und eine Prüfung, ob die Ausgaben zu den geförderten Maßnahmen gehören, wäre nicht möglich.
6. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. e DSGVO in Verbindung mit Art. 4 Abs. 1 BayDSG
7. Kategorien der personenbezogenen Daten, soweit der betroffenen Person noch nicht bekannt	Entfällt
8. Quellen personenbezogener Daten, die nicht bei der betroffenen Person erhoben werden bzw. wurden	Entfällt
9. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten	Auftragsverarbeiter: Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern (IT-DLZ) St.-Martin-Straße 47 81541 München Telefon: +49 89 2119-0 E-Mail: datenschutz@ldbv.bayern.de Ihre Daten werden zentral beim IT-DLZ gespeichert, da dieses die erforderliche Infrastruktur für die elektronische Datenverarbeitung der Verantwortlichen betreibt.
10. Übermittlungen von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation	Entfällt
11. Ggfs. Widerrufsrecht bei Einwilligungen	Ihre Einwilligung können Sie jederzeit widerrufen. Hieraus entstehen Ihnen keine Nachteile. Der Widerruf kann gegenüber der zuständigen Behörde unter Ziffer 1 formlos erklärt werden. Die Rechtmäßigkeit, der aufgrund Ihrer Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung, wird dadurch nicht berührt.
12. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten	Ihre Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

13. Pflicht/Keine Pflicht zur Bereitstellung der Daten	Im Rahmen der Förderbeziehung müssen diejenigen personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Umsetzung bzw. Abwicklung der Förderung erforderlich sind oder zu deren Erhebung die für das Förderverfahren zuständigen Stellen verpflichtet sind. Wenn Sie diese Daten nicht angeben, kann dies zur Folge haben, dass eine gewünschte Förderung in Zukunft nicht mehr erfolgen kann, da die rechtmäßige Verwendung der Mittel nicht überprüft werden kann. Aus diesem Grund kann es bzw. muss es zu einer Rückforderung einer ergangenen Förderung kommen.
---	--